

Null Toleranz gegenüber Straftätern

Die Jugendkriminalität ufert seit dem Flüchtlingschaos 2015 immer weiter aus. Die Anzahl der tatverdächtigen Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren ist von 24.800 im Jahr 2013 auf 33.964 im Jahr 2022 angestiegen. Die Anzahl jugendlicher Straftäter (14 bis 17 Jahre) stieg in diesem Zeitraum um 37 Prozent.

Noch dramatischer ist die Lage bei den unmündig Minderjährigen. Bei den unter 14-jährigen hat sich die Zahl der Tatverdächtigen von 5.587 im Jahr 2013 auf 10.428 erhöht. Das ist ein Anstieg um unfassbare 86,7 Prozent. Selbst der Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier warnt in diesem Zusammenhang vor der Gewaltneigung in migrantischen Milieus.

Ich fordere daher die Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre. Denn es gibt keinen Grund, Verbrecher, seien es Mörder, Vergewaltiger oder Räuber, vor einer Strafe zu bewahren, nur weil diese das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Kriminalität von ausländischen Jugendbanden ist in Wien ein täglich wachsendes Problem und es braucht eine Rechtsgrundlage, um diesem Problem habhaft zu werden. Es gibt zahlreiche internationale Beispiele, die mit der Senkung der Strafmündigkeit gute Erfahrungen gemacht

haben: In Irland, Schottland und den Niederlanden können Kinder ab zwölf Jahren für Verbrechen verurteilt werden. Auch Ungarn senkte zuletzt die Strafmündigkeit, die zuvor wie in den meisten europäischen Ländern bei 14 Jahren lag, auf zwölf. In Frankreich werden Freiheitsstrafen ab 13 Jahren ausgesprochen.

Das von Gegnern einer Herabsetzung der Strafmündigkeit vorgebrachte Argument, dass damit kaum bis keine präventive Wirkung erzeugt würde, lasse ich nicht gelten: Einerseits bin ich der Überzeugung, dass sehr wohl eine präventive Wirkung entsteht, vor allem dann, wenn Teile von Jugendbanden bereits im Gefängnis sitzen und zweitens geht es vor allem darum, dass Schwermisstraftäter nicht in unserer Gesellschaft frei herumlaufen sollten.

Für solche Verbrecher gibt es nur zwei angemessene Aufenthaltsorte: Den Abschiebeflie-

ger ins Herkunftsland oder das Gefängnis.

Das Hauptproblem ist, dass sowohl die Ludwig-SPÖ als auch die schwarz-grüne Bundesregierung nicht aus ihren Fehlern lernen.

Euer

Dominik Nepp
Landesparteiobmann





Neuer Negativ-Rekord: Wien hat 31,5 Milliarden Schulden



Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien

Zwei Tage wurde im Wiener Gemeinderat nun über die Finanzen der Stadt diskutiert. Zwei Tage, in denen sich die einzelnen Stadträte selbst und gegenseitig auf die Schulter geklopft und sich für ihren „verantwortungsvollen Umgang“ mit dem Geld Wiens gelobt haben. Doch auch wir Freiheitliche haben uns angesehen, wie es um die Finanzen in unserer Stadt steht und wer keine ideologisiert-verblendete Brille trägt muss mit Schrecken feststellen, wie hoch verschuldet Wien tatsächlich ist: 31,5 Milliarden Euro! Das ist ein neuer Negativ-Rekord. Zudem haben die SPÖ- und NEOS-Stadträte im Jahr 2022 4,9 Milliarden Euro mehr ausgegeben, als die Stadt eingenommen hat! Wenn Wien nun all seinen Besitz verkaufen würde, bliebe immer noch ein Minus von 29,4 Milliarden Euro über! Das ist die im Rechnungsabschluss für jeden nachlesbare Wahrheit, die uns aber weder Bürgermeister Ludwig noch Finanzstadtrat Hanke sagen.

Gleichzeitig – und das halten wir Freiheitliche für besonders unanständig – werden die Bürger

durch städtische Gebühren so massiv belastet wie noch nie in der Geschichte Wiens! Räuber Rathausplatz, Bürgermeister Michael Ludwig, hat eine rote Kostenlawine der Sonderklasse auf die Wienerinnen und Wiener losgetreten. Die Erhöhung der städtischen Gebühren hat 168 Millionen Euro mehr in die Stadtkassa gespült. Die Gemeindebaumieten wurden vier Mal um insgesamt hunderte Euro pro Monat in die Höhe geschlakt, das Parken erheblich verteuert und auch vor dem Bädereintritt wurde nicht Halt gemacht. Kanal, Müll und Wasser wurden ebenso verteuert wie die Landesabgabe der GIS.

Zu guter Letzt wurden die Energiekosten – alleine für Fernwärme um 92 Prozent – erheblich teurer, für viele sogar so unerschwinglich hoch, dass sie bis heute nicht wissen, wie sie diesen hausgemachten Wahnsinn bezahlen sollen.

Während also mehr und mehr hart arbeitende Menschen und Pensionisten, die ihr Leben lang berufstätig waren, dank der Wiener SPÖ von Armut betroffen

sind, haben es Wirtschaftsflüchtlinge leicht. Denn die Ausgaben für die Mindestsicherung sind auf ein Rekordhoch angestiegen. 130.000 Menschen sind in Wien in der Mindestsicherung, davon sind unfassbare 43 Prozent Asylberechtigte oder subsidiär Schutzberechtigte. 400 Millionen Euro werden an Nichtösterreicher ausbezahlt.

Hier werden enorme Summen ausgegeben, nur weil SPÖ-Bürgermeister Ludwig Sozialzuwanderer aus aller Herren Länder mit seinen Geldgeschenken nach Wien lockt. Dafür fehlt dann das Geld an allen Ecken und Enden, sei es bei der Entlastung der Wienerinnen und Wiener oder im Gesundheitsbereich, der Sicherheit und bei der Bildung.

Wir werden den Bürgermeister aber nicht aus der Verantwortung lassen. Wir verlangen Gerechtigkeit und Fairness für die Wiener! Daher haben wir unsere Online Petition „rote-kostenlawine.wien“ ins Leben gerufen, bei der jede Unterschrift zählt! Machen Sie mit!

Wiener Gesundheitssystem wurde kaputt gespart

Es ist eine Schande, dass die SPÖ-geführte Wiener Stadtregierung und hierbei allen voran Gesundheitsstadtrat Peter Hacker das Gesundheitssystem dermaßen kaputt gemacht hat, dass es nun sogar zu Warnstreiks kommt. FPÖ-Wien-Gesundheitssprecher LAbg. Wolfgang Seidl, stellt sich hinter das medizinische Personal, das mittlerweile vollkommen ausgebrannt und überarbeitet ist: „Wir brauchen einen sofortigen Notfallplan für die Wiener Gemeindespitäler, um diese Abwärtsspirale so schnell wie möglich zu stoppen. Es müssen Anreize geschaffen werden, um den Ärzten und Pflegekräften den Dienst in den Wiener Spitätern at-

traktiv zu gestalten und die Massen kündigungswelle zu beenden. Dies kann nur gelingen, wenn Stadtrat Hacker und die Führung des WiGev ausgetauscht werden.“

Gesundheitsstadtrat Hacker und das von ihm bestellte unfähige rote Management des Wiener Gesundheitsverbundes haben die dramatischen Zustände in den Wiener Gemeindespitalern zu verantworten. Die Folge sind Pflege-

personal-Notstand, zu wenige Ärzte, geschlossene Stationen und Betten, übervolle Ambulanzen, elendslange Wartezeiten auf Operationen und unzählige Gefährdungsanzeigen der Gesundheitsmitarbeiter. „Da ist es verständlich, dass man mit einem Warnstreik auf diese dramatische Situation aufmerksam machen muss“, ist Seidl sicher und bekundet volle Solidarität mit dem medizinischen Personal.



Ewiger Streit um den Lobautunnel:

Was sagt die Wiener SPÖ – ja, nein, weiß nicht?

Der Streit um den Lobautunnel ist nun um eine Facette reicher. Nachdem der neue SPÖ-Chef Andreas Babler in der „Pressestunde“ der Nordostumfahrung samt Lobautunnel eine Absage erteilt und damit eine 180 Grad-Wende in der Verkehrspolitik der Genossen auf Bundesebene hingelegt hat, wartet man in Wien bisher vergeblich auf eine Reaktion der Rathaus-SPÖ und der des 22. Bezirks. Für den Verkehrssprecher der Wiener FPÖ, Abgeordneten Toni Mahdalik ein nicht tragbarer

Zustand: „Der S1-Lückenschluss würde die A23 um 77.000 Autos pro Tag und Wien um 75.000 Tonnen CO2 pro Jahr entlasten. Im Verbund mit Stadtstraße und ‚Spange Seestadt‘ würden die Ortsteile Aspern, Breitenlee, Essling, Neuessling, Hirschstetten und Stadlau um fast 50.000 Autos pro Tag und damit insgesamt etwa 100.000 Menschen im Osten des 22. Bezirks massiv entlastet werden und ein deutliches Minus an Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastung bewirken. Dieses Klimaschutzpro-

jekt Nr. 1 in der bald 2,9 Mio. Einwohner zählenden Ostregion wird zudem eine Wertschöpfung von 2,3 Milliarden Euro erzielen und 25.000 Arbeitsplätze dauerhaft sichern. Wollen Ludwig, Taucher, Nevriy & Co. all dies aufs Spiel setzen, nur weil der Marxist an ihrer Parteispitze grad lustig ist?“ Mahdalik hat jedenfalls einen Antrag auf rasche Umsetzung der unersetzlichen Entlastungsstraße in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht, um die Probe aufs Exempel zu machen.

Schulkrise in Wien: Direkte Folge der Massenzuwanderung

In Sachen Bildung ist Wien mittlerweile alles andere als eine Musterstadt. Zwar wird der pinke Vizebürgermeister und zuständige Stadtrat, Christoph Wiederkehr nicht müde, von den großartigen Erkenntnissen, die er von seinen Bildungsreisen aus Skandinavien mitbringt, zu erzählen. Niederschlag bei uns finden diese Ideen leider nicht. In der vergangenen Landtags Sitzung wurde eine Änderung des Schulgesetzes beschlossen, bei der es um die Ausweitung der englischen Sprache an Wiens Pflichtschulen ging. Prinzipiell wäre dagegen ja nichts einzuwenden, wenn die Wiener Schüler bereits ausreichend Deutsch sprechen würden – doch leider ist genau das nicht der Fall!

52,9 Prozent aller Wiener Schüler haben keine deutsche Muttersprache, in den Volksschulen sind es 58,9 Prozent, in den Mittelschulen sogar 77,6 Prozent! Der Landtagsabgeordnete Stefan Berger ist sicher: „Der Fokus muss auf die unter FPÖ Regierungsbeteiligung eingeführten Deutschlernklassen anstatt auf zusätzlichen

Englischunterricht gelegt werden! Wer bei Schuleintritt nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügt, hat diese in gesonderten Klassen aufzuholen. Die Deutschförderung an Wiens Schulen wird jedoch unter Wiederkehr mangelhaft umgesetzt. Folglich wird das Unterrichtsniveau sukzessive nach unten gedrückt, da sich Lehrer an den Schwächsten orientieren müssen, anstatt die Stärkeren fördern zu können.“

Das mittlerweile messbare Bildungsniveau ist in Wien deutlich geringer als im Rest Österreichs. Vor allem beim Lesen sind die Defizite nicht mehr zu leugnen, gibt doch schon jeder siebente Schüler im Alter von 15-16 an, beim Le-

sen schon immer Schwierigkeiten gehabt zu haben, was auch die Ergebnisse internationaler Studien belegen. Bei den Bildungsstandarterhebungen zeigen sich bei einem Drittel der 10jährigen deutliche Lücken in der Erreichung der im Lehrplan vorgegebenen Lernziele im Lesen, unter jenen, die danach an eine Neue Mittelschule (NMS) wechseln, sind es sogar 50 Prozent. „Wenig verwunderlich, wenn die Mehrheit der Kinder schlecht Deutsch spricht. Die Stadt könnte sich viele Förderungen sparen, wenn der Bildungsplan entsprechend adaptiert würde – mehr Sprachförderung statt ‚gendergerechtem Unterricht‘ muss das Credo in Zukunft lauten“, ist Berger sicher.



Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 www.fpoe-wien.at

